

betreffend behördliche Beeinflussung, Beeinträchtigung und Verunglimpfung der aktuellen Referenden gegen den Abbau der Rechte in den Familiengärten?

Seit dem 26. März und noch bis und mit 7. Mai 2022 läuft die gesetzliche Frist zum Sammeln von 2'000 gültigen Unterschriften unter das SVP-Referendum «NEIN zu missratenen Familiengartengesetz!» sowie unter das BastA!-Referendum »NEIN zur Aufhebung von Familiengärten!» Bei Zustandekommen der Referenden wird im Sommer der Abstimmungskampf und im Herbst die Volksabstimmung folgen.

Es ist üblich und entspricht den langjährigen Gepflogenheiten, dass sich die Regierung und die einzelnen Verwaltungseinheiten im Vorfeld nicht äussern. Ausnahmen werden regelmässig heftig diskutiert.

Nun stehen glaubwürdige Aussagen im Raum, wonach es sogar bereits im jetzigen heiklen Zeitpunkt der Unterschriftensammlung zu massiven behördlichen Versuchen der Beeinflussung gekommen ist. Im Einzelnen handelt es sich demnach um eine Vielzahl behördlicher Anrufe mit Verwicklung in Gespräche.

Wo den Familiengarten-Vertrauenspersonen solche Gespräche aufgedrückt worden sind, soll es auch konkrete Versuche gegeben haben, direkt Betroffene von der Unterzeichnung und gar vom Unterschriftensammeln abzubringen. Überdies sollen solche Vertrauenspersonen dazu gedrängt worden sein, auf weitere Personen Referendums-kritisch Einfluss zu nehmen. Das soll sogar zu einer Art Verbot, im Familiengartenareal zu sammeln, geführt haben.

Ich frage die Regierung:

1. Weiss sie davon, dass aus den Reihen der Stadtgärtnerei trotz laufender Referendumsfrist gezielt telefonische Kontakte gesucht worden sind bzw. werden:
 - a) zu Präsidenten von Familiengartenvereinen,
 - b) zu Vorstandsmitgliedern,
 - c) zu einzelnen PächterInnen?
2. Weiss sie davon, dass solche Kontaktnahmen und Anrufe aus dem Kader der Stadtgärtnerei stammen?
3. Weiss sie davon, dass gezielt PräsidentInnen von Familiengartenvereinen in Gespräche verwickelt worden sind bzw. werden mit den erklärten oder nicht deklarierten Zielen:
 - a) Abstand von den beiden laufenden Referenden (SVP und BastA!) zu nehmen,
 - b) diese nicht zu unterzeichnen,
 - c) und in Referendumskomitees nicht mitzumachen?
4. Weiss sie davon, dass FamiliengartenvereinspräsidentInnen auf die Idee gebracht worden sind, ihre PächterInnen:
 - a) von der Unterzeichnung der Referenden abzubringen,
 - b) und/oder ihnen den Verzicht auf das Sammeln im Familiengartenareal nahezu legen?
5. Weiss sie davon, dass einzelne gegen die Gesetzesverschärfung gerichtete Referendums-Argumente direkt verbal angegriffen und mitunter als «feige» bezeichnet worden sind?
6. Geschah bzw. geschieht dies mit Wissen und Willen:
 - a) des obersten Stadtgärtners,
 - b) der zuständigen Regierungsrätin?
7. Ist der behördliche Versuch, auf Referendumssammlungen Einfluss zu nehmen, zu rechtfertigen:
 - a) aus beamtenrechtlicher Sicht,
 - b) aus demokratischer Sicht?

8. Wie stellt sich die Regierung zu diesen Verhaltensweisen, falls sie die Vorfälle bestätigt? Und falls sie die Tatbestände offen lassen würde: Wie würde sie sich generell zu solchen Vorgehensweisen stellen?
9. Ist sie bereit, alles Mögliche vorzukehren, um:
 - a) solche Einflussnahmen ohne Verzug zu stoppen,
 - b) weitere Beeinflussungsversuche zu unterlassen,
 - c) und die demokratischen Gepflogenheiten wiederherzustellen?

Beat Leuthardt